



Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erschint täglich, ausgenommen Sonntags- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck 20 Pf. bei der Oberamtspoststelle Neubüchler Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Betriebsamt: Betriebsamt Filiale Wildbad. — Postfach 221 74 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Einzelheft bis einseitige 45 mm breite Zeilen 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 3 Pf.; im Restteil die 50 mm breite Zeilen 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontostellen oder wenn gerichtlich vorgeordnet notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 40

Februar 1934

Samstag den 17. Februar 1934.

Februar 1934

69. Jahrgang.

Belebung des Kraftfahrzeugabfages

Die Amerikaner haben jahrelang an der Entwicklung ihres Kraftfahrzeugbestandes und an den wachsenden Zahlen des Kraftfahrzeugabfages den Konjunkturverlauf ihrer Wirtschaft abgelesen. Die Kraftfahrzeugstatistik wurde sozusagen zum Wirtschaftsbarometer. Sie haben damit nicht ganz unrecht gehabt. Der allgemeine rasche Aufstieg in den Jahren bis 1929 verlief allgemein ziemlich parallel zu der steil ansteigenden Kurve der Autoindustrie, und als es dann mit der Prosperität zu Ende war, da schrumpften auch Kraftfahrzeugabfag und Kraftfahrzeugbestand rapide zusammen.

In Deutschland hat die Kraftfahrzeugindustrie zwar in den Jahren der Scheinblüte auch eine durchaus erfreuliche Entwicklung erlebt, die freilich dadurch etwas beeinträchtigt wurde, daß das Ausland sich sehr ausgiebig an der Versorgung des deutschen Marktes beteiligte. Aber im Gegensatz zu Amerika ist die deutsche Automobilindustrie in der Vergangenheit niemals in dem drüber beobachteten Ausmaße Schlüsselindustrie der Gesamtkonjunktur gewesen. Das lag, von anderen Gründen abgesehen, vor allem daran, daß die behördlichen Inznanzen mit ihrer Steuer- und Verwaltungspolitik dem Kraftfahrzeugverkehr eher Hemmnisse auferlegten, als daß sie ihn planmäßig gefördert hätten. So hinfte die Kraftverkehrswirtschaft immer etwas hinter der allgemeinen Konjunktur her.

Das ist jetzt, seitdem der Reichsanzler Adolf Hitler sich nicht nur mit Worten für die Motorisierung des deutschen Verkehrs eingesetzt hat, sondern seitdem seine Regierung durch eine Reihe sorgfältig überdachter Maßnahmen ihr starkes Auftrieb verliehen hat, anders geworden. Die Kraftverkehrswirtschaft in Deutschland ist heute geradezu zu einem Sturmbot der aktiven Konjunkturpolitik geworden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Die monatlichen Zulassungen, die 1933 noch mit Ziffern begannen, die unter den niedrigsten der letzten Jahre liegen, stiegen sowohl für Personen- wie für Lastkraftwagen vom März an rasch, und erreichten in den Monaten April bis Oktober Zahlen, die höher sind als die der Rekordjahre 1929 und 1930. Der Auftrieb der Kraftverkehrswirtschaft war stark genug, um sie auch in den sonst toten Verkaufsmonaten November und Dezember noch zu beleben. Die in diesen Monaten erfolgten Zulassungen sind doppelt so hoch, und zum Teil noch höher als in den vorangegangenen Jahren.

Der Januar 1934 hält diese erfreuliche Entwicklungslinie fest. Die Verkäufe und Zulassungen liegen zwar unter denen vom Dezember 1933, sind aber um weniger zurückgegangen, als das saisonmäßig im Januar zu geschehen pflegt. Die arbeitstäglichen Zulassungen von fabrikneuen Personenkraftwagen betragen rund 200, die von Lastkraftwagen 41. Das ist doppelt so viel als im Januar 1931 und 3/4-mal soviel als im Januar 1932. Selbst die Ziffern des noch sehr günstigen Jahres 1930 sind überschritten.

Diese jetzt bekannt gegebenen Ziffern lassen für die vom 8. bis 18. März in Berlin stattfindende Automobilausstellung, auf die das Interesse sich jetzt zunehmend konzentriert, gute Erfolge erhoffen.

Reform des deutschen Einzelhandels

Umgestaltung der Warenverteilung

Berlin, 16. Febr. Die in Deutschland durch über 750 000 Läden des Einzelhandels mit etwa ebenso viel Beschäftigten vollzogene Warenverteilung wird wesentliche Merkmale ihres durch den Nationalsozialismus bedingten neuen Gepräges noch im kommenden Sommer erhalten. Zwischen den beruflichen Vertretern des Handels, der Unternehmer wie der Kaufmannsgehilfen sind, wie das W.D.-Büro meldet, die entsprechenden Erörterungen im Sinne und Geiste berufständischer Gemeinschaftsarbeit zum Segen des deutschen Volkes und des Handels schon weitgehend gediehen.

Wenn am 30. Juni 1934 die Sperre für die Errichtung neuer Einzelhandelsgeschäfte verschwindet, dann wird bereits die Basis geschaffen sein für die gesunde Fortentwicklung eines ethisch und moralisch hochstehenden deutschen Kaufmannsstandes, für den die deutsche Produktion sich nicht nur in eine Preisliste verwandeln läßt, sondern für den sie eine Qualitätsfala darstellen wird.

Zwei große Grundsätze sollen dabei im Vordergrund stehen: 1. Die Warenverteilung aus letzter Hand darf in Zukunft nur noch von Personen durchgeführt werden, die nicht nur in moralischer Beziehung einwandfrei sind, sondern die nachweislich als geschulte Sachkennner die Gewähr für verantwortungsbewußter Dienst am Kunden und an der deutschen Qualitätsverzeugung bieten. Es darf also nicht mehr ohne weiteres jedermann Warenverteilung im Sinne des Einzelhandels werden, der lediglich über genügend Kapital zur Eröffnung eines Ladens verfügt.

2. Dem sachkundigen, angestellten deutschen Kaufmannsgehilfen wird der Weg zum Selbständigwerden geebnet. Der Gehilfe wird, wenn er auch selbst sehr oft nur über bescheidene Ersparnisse verfügen dürfte, um so eher Kredithilfe für die Selbständigmachung erlangen als das für die Warenverteilung immer auszeichnend zur Verfügung stehende Kapital dann seinen Unter-

Tagespiegel.

In Berlin wurde mit den Stillhaltegläubigern ein neues Kreditabkommen abgeschlossen, das für 1934 Geltung haben soll.

In Bayreuth hat der bayerische Kultminister Schomm den ersten Spatenstich zum Haus der deutschen Erziehung getan.

In Wien ist nun Ruhe eingetretet, die Säuberungsaktion und die Durchsuchung von Gebäuden nach Waffen geht weiter.

Zwischen London und Paris fand ein Gedankenaustausch statt, der im Zusammenhang mit der Unterredung des tschechischen Außenministers Dr. Beneš mit dem französischen Außenminister Barthou steht und ein etwaiges Eingreifen der Mächte in Desterreich betraf. Auch Italien soll daran beteiligt sein.

In München wurde eine große italienische Graphitshau eröffnet.

Die französische Kammer hat sich mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für den Stavisky-Skandal beschäftigt.

Schlupf mehr bei Warenhäuern, Großhändlerbetrieben, Einzelhandelsgeschäften usw. findet, für die die Sperre kaum verschwinden wird. Andererseits geht der Geldgeber kein ausschließliches Risiko ein gegenüber dem berufsständisch betretenen, nach dem Befehl der Kaufmannschaft arbeitenden Kleinen oder mittleren Einzelhändler, dessen Abfall und damit Rückzahlungsfähigkeit durch seine Qualitätsarbeit und seine sachkundige Einsehung gewährleistet erscheint.

Gegebenenfalls könnte für die Erleichterung der Zulassung befähigter Gehilfen zum selbständigen Kaufmannsgewerbe auch eine berufsständische Kreditorganisation eingeschaltet werden.

Von diesen beiden großen Grundbegriffen ausgehend, werden bei den zuständigen berufsständischen Körperschaften in diesen Wochen und Monaten die weiteren Einzelheiten der Reform des deutschen Einzelhandels beraten, wobei neben der Frage der Erziehung und Ausbildung natürlich auch die Sonntagsruhe, Verkaufszeiten usw. zur Debatte stehen.

Die Rassenegesegebung des Dritten Reiches

Berlin, 16. Febr. Auf Einladung des Leiters des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, sprach Reichsinnenminister Dr. Frick vor dem diplomatischen Corps und geladenen Gästen über die Rassenegesegebung des Dritten Reiches. Dr. Frick führte u. a. aus:

Im Ausland ist unsere Erhebung oft als Beginn einer aggressiven Machtpolitik dargestellt worden. Heute liegen so offenkundige Beweise für die Friedensliebe der nationalsozialistischen Regierung vor, daß nur noch Böswillige sie in Zweifel ziehen können. Wir verlangen von den anderen Völkern nur, daß sie uns — gleichberechtigt mit ihnen — gestatten, nach unserer Fassung fertig zu werden.

In Deutschland war im November 1918 eine artfremde Rasse zur Macht gekommen: Die jüdische Rasse. Von den Ärzten waren 48, von den Rechtsanwältinnen 54 und von den Theaterdirektoren 80 Prozent Juden. Der Anteil an den leitenden Stellen in Handel und Verkehr war verhältnismäßig fast zehnmal so groß als jener der Deutschen. In den wichtigsten sozialen und politischen Kreisen hatten sie bestimmenden Einfluß. Dadurch bekam das Ausland ein falsches Bild von dem Wesen des deutschen Volkes. Im Reich wirkte diese Tatsache vergiftend auf den Geist und die Seele des Volkes.

In der Gesetzgebung einer Reihe von Staaten spielt die Rassenfrage eine bedeutende Rolle. Es ist also durchaus nichts ungewöhnliches, wenn auch das Deutsche Reich sich auf diesem Gebiet gesetzgeberisch betätigt. Unsere Gesetze richten sich in keiner Weise gegen die jüdische Religion. Die Angriffe gegen die deutschen Gesetze und insbesondere gegen den „Arier-Paragraphen“ sind völlig unbegründet. Der Paragraph 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 stellt den Beginn der deutschen Rassenegesegebung dar. Daß ein Angehöriger eines fremden Staates in Deutschland Beamter wird, ist nach dem Paragraph 3 nicht ausgeschlossen. Die deutschen Beamten sollen aber arischer Abstammung sein. Die Forderung der arischen Abstammung wird jedoch nicht reflexlos durchgeführt. Auch in Fällen, in denen an und für sich das Rassenprinzip zurückzutreten würde, hat der Gesetzgeber noch Ausnahmen zugelassen.

Das Gesetz vom 7. April 1933, das mit dem 31. März 1934 außer Kraft tritt, stellt nur eine vorübergehende Maßnahme dar. Das auf die Dauer gerechnete Gesetz vom 30. Juni 1933 geht insofern über das Gesetz vom 7. April 1933 hinaus, als es deutschen Beamten die Eingebung der Ehe mit einer Nichtarierin untersagt und die Berufung in das Beamtenverhältnis ausschließt,

wenn der Beamtenwärter mit einer Nichtarierin verheiratet ist. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung sind getroffen worden bezüglich der Rechtsanwaltschaft und Aerztechaft, sowie in dem Gesetz gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen und im Reichserbhojgesetz. Internationale Abmachungen, die der Durchführung der Rassenegesegebung entgegenstehen, werden selbstverständlich von der deutschen Regierung anerkannt.

In der Befreiung des Volkskörpers von fremdrassigen Einflüssen kann sich jedoch die Rassenegesegebung nicht erschöpfen. Sie muß darüber hinaus das Volk in seiner rassischen Eigenart zu mehrern, zu heben und zu fördern suchen. Diesen Aufgaben dienen die Maßnahmen der Erbgesundheitspflege und Rassenhygiene. Wir wissen, daß das deutsche Volk sich aus verschiedenen rassischen Bestandteilen zusammensetzt. Aber immerhin ist in ihm der Anteil der nordischen Rasse allgemein. Die Leistungen der nordischen Völker auf dem Gebiete der Staatenbildung, der Kultur, der Wissenschaften und der Kunst sind bekannt. Man hat sich bei der Auslegung des „Arier-Begriffes“ an den Begriff „Arier“ gleich „Indogermane“ angelehnt. Nicht zu dem Indogermanen gehören z. B. die negroide Rasse und die Juden. Die Kritik an der Rassenegesegebung richtet sich zunächst gegen die Umschreibung des Arierbegriffes. In anderen Ländern hat man oft, ohne den Gesetzgeber zu bemühen, die Juden aus Staatsstellungen entfernt, oder sie dazu nicht zugelassen. In Deutschland war nur der gesetzliche Weg möglich! Aber wir haben die nichtarischen Beamten nicht einfach ausgeschlossen, sondern pensioniert. Man schießt über das Ziel hinaus, wenn, wie es manchmal geschehen ist, die Grundzüge des Paragraph 3 auf diese übertragen werden, für die sie nicht bestimmt sind. In zahlreichen Fällen sind solche Fehlgriffe bereits richtiggestellt worden.

Die deutsche Rassenegesegebung will kein Urteil fällen über den Wert anderer Völker und Rassen. Aber wir möchten meinen, daß auch andere stolze Völker grundsätzlich ebenso Wert darauf legen, ihre rassische Zusammenlegung möglichst unvermindert zu erhalten. Wir schonen selbst unser eigenes Volk nicht, wenn es darum geht, ungeunde Teile aus dem Volkskörper auszuschneiden. Die Eingriffe, die das Gesetz zur Verhütung erbtanten Nachwuchs zuläßt, treffen den einzelnen noch schwerer als die Aufrichtung einer Schranke gegen die Angehörigen einer anderen Rasse. Das Opfer des einzelnen ist notwendig, daß der Quell klar bleibe, aus dem ein ganzes Volk Leben und Zukunft trinkt. Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Auf diesem Prinzip beruht die Grundlage unseres Staates und letzten Endes auch die Rassenegesegebung des Dritten Reiches.

Die Lage in Wien

Wien, 16. Febr. In den Abendstunden des Donnerstags herrschte in der Stadt Ruhe. Die militärischen Vorkehrungsmaßnahmen, der allgemeine Alarmzustand und das Standrecht bleiben weiter bestehen, da immer noch mit der Möglichkeit eines neuen Ausbruchs der Bewegung und neuer lokaler Kämpfe gerechnet wird. Man sucht die weiteren Bewegungen der Schühändler zu kontrollieren und festzustellen, ob an neuen Punkten Ansammlungen von Schühbändlern stattfinden. Die Entwaffnungsaktion wird weiter durchgeführt.

Etwa 1500 Tote des Schühbundes

Wien, 16. Febr. Nachdem ein gewisser Abschluß der Kämpfe zur Unterdrückung des Schühbundes-Aufstandes eingetreten ist, wird allgemein nach dem Umfang der Verluste auf beiden Seiten gefragt. Die Feststellung der Zahl der Toten des Schühbundes kögt auf große Schwierigkeiten, da der Schühbund seine Toten meist während des Kampfes fortgeschafft hat. Der häufige Wechsel in den großen Kampfabschnitten in Floridsdorf und Simmering hat es mit sich gebracht, daß zahlreiche Tote bisher noch immer nicht aufgefunden wurden. In dem Allgemeinen Krankenhaus sind nach öffentlichen Angaben bis zum Mittwoch rund 130 Personen ihren Verletzungen erlegen.

Aus 152 einzelnen Kampfhandlungen, in denen durchschnittlich jeweils von vier Toten berichtet wurde, ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa 600 Toten. Die Verluste des Schühbundes im Schlingershof und in Floridsdorf werden mit 100, im Karl-Wierghof mit 60 im Heiligenstädter Bahnhof mit 20 Toten angenommen. Diese hohen Zahlen werden auf die Kampfhandlungen in geschlossenen Gebäuden und die Einsehung von Artillerie zurückgeführt. Nach den bisher vorliegenden Angaben wird daher auf Grund rein privater, offiziell nicht bestätigter Schätzungen für den Schühbund mit einer Gesamtzahl von ungefähr 1000 Toten in Wien und 500 Toten in den Ländern gerechnet.

Nicht gehängt!

Wien, 16. Febr. Der am Donnerstag vom Standgericht zum Tode durch den Strang verurteilte Schühbändler Kolab ist zu 10 Jahren schweren Kerkers beanndigt worden. In Reiterungsreisen wird jetzt zu den in Wien, Steier und St. Pölten einberufenen Standgerichtsoverhandlungen die Auffassung vertreten, daß Todesurteile nur für die Führer des Schühbundes, nicht aber für die von den Führern zur Teilnahme am Aufstand gesonnenen Arbeiter in Frage kommen können.

Einderufung des österreichischen Parlaments?

Wien, 16. Febr. Der Vorstand des christlich-sozialen Abgeordnetenkubs hat beschlossen, dem Bundeskanzler die Einderufung des Parlaments vorzuschlagen. Nach der Ungültigkeitserklärung der sozialdemokratischen Mandate ist sich das Parlament aus



68 Christlich-Sozialen, 10 Landbündlern und 7 Großdeutschen zusammen. Der Helmabdruck ist auf Befehl Starhembergs seinenzeit aufgelöst worden.

Starhemberg fordert eine völlige Diktatur

London, 16. Febr. Verschiedene Blätter melden aus Venz Interwiew mit dem Heimwehrführer Fürst Starhemberg, denen zufolge der Fürst erklärt habe, daß jetzt in Oesterreich eine völlige Diktatur die halbe Diktatur von Dr. Dollfuß ersetzen müsse. Dem Vertreter der „Morning Post“ gegenüber sagte Fürst Starhemberg es werde unvermeidlich sein, dieser Tage einige sozialistische Führer zu hängen, allerdings sei er mehr für Erschießen als für Hängen, denn sie hätten tapfer gelämpft Starhemberg gab der unmaßgeblichen Ansicht Ausdruck, daß ein nationalsozialistisches Regime in Oesterreich unmöglich (h) sei.

In einem Interview mit der „Daily Mail“ sagte dagegen Fürst Starhemberg, es wäre denkbar, daß man ein Kompromiß mit den österreichischen Nationalsozialisten zustandebrächte. Gegenwärtig allerdings könne er keine Grundlage für Verhandlungen entdecken. Die Nationalsozialisten würden vielleicht, so meinte Starhemberg, sagen, daß sie sich im Kabinett mit dem Vizekanzler des Innenministers und des Ministers für öffentliche Arbeiten begnügen würden aber diese könnten sich „als das dünne Ende eines Keiles“ herausstellen.

Wien nach vier Tagen Bürgerkrieg

Wien, 16. Febr. Nur langsam findet Wien nach vier Tagen blutigen Bürgerkrieges von unvorstellbarer Ausmaße wieder das Gleichgewicht des Alltags zurück. Die Abriegelungsmaßnahmen sind im Innern der Stadt im wesentlichen beseitigt worden, d. h. Drahtverhänge und Polizeistreifen sind aus dem Straßenbild verschwunden. Die Straßenbahnen verkehren wieder in vollem Umfange. Theater und Kinos öffnen am Sonntag wieder. Die öffentlichen Gebäude werden nach wie vor von Truppen und Polizei besetzt. Durch die Straßen ziehen größere Truppen- und Heimwehrabteilungen. Die Polizei und das Sicherheitskorps, die in den letzten Tagen ununterbrochen in die Kämpfe eingeseht waren, sind zur Erholung in die Kasernen zurückgezogen worden.

In den Außenbezirken und in den großen Kampfabschnitten wird die militärische Ueberwachung voll aufrecht erhalten. Der allgemeine Bereitschaftszustand bleibt bestehen. Die Entwaffnungsaktion und Waffensuche in dem ganz Wien umgebenden Gürtel der Gemeindebauten, die in den Kämpfen die strategischen Stützpunkte des Aufstandes bildeten, werden systematisch fortgesetzt. Neue umfangreiche Waffentlager sind in den Nachtstunden entdeckt worden. Es erfolgen weitere zahlreiche Verhaftungen. Die Suche nach Aufdeckung des Organisationsnetzes des Aufstandes wird fortgeführt. Die Ergebnisse werden allerdings noch nicht bekanntgegeben. Die Schugbündler wollen nach der tschechoslowakischen Grenze hin flüchten, werden jedoch von der Gendarmerie verfolgt.

Die Regierung schreitet in der Säuberung der Wiener Verwaltung von sozialdemokratischen Elementen weiter fort. Das alte Wappen der Stadt Wien, der Doppeladler, ist von heute ab wieder eingeführt worden. Aus den Amtsräumen des Rathauses verdrängt der sozialdemokratische Bilderschnitzmeister. In den Schulen und in der Schulverwaltung sind sämtliche sozialdemokratischen Persönlichkeiten von ihren Posten entbunden worden. Die zahlreichen Standrechtsverfahren in Wien, St. Pölten und Steyr gehen weiter. Mit der Rückkehr ruhigerer Zustände entleert für die Regierung die erste Frage, was nun geschehen soll.

500 Wiener Juden nach Lodz geflüchtet

Warschau, 16. Febr. Wie der regierungsfreundliche „Kurjer Czernomy“ meldet, sind in Lodz und Umgebung bereits 500 jüdische Flüchtlinge aus Wien eingetroffen. In Kreisen dieser Flüchtlinge besteht die Meinung, daß es in der Meldung weiter heißt, die Rückkehr der Kämpfe in Oesterreich eine völlige Niederlage der Sozialisten herbeiführen würden. Da die Juden auch in der österreichischen Sozialdemokratie eine führende Stellung einnehmen, sei zu befürchten, daß die nationalen Kreise, die in Oesterreich nunmehr zur Macht gelangen würden, sobald mit Maßnahmen gegen das Judentum hervortreten dürften. Auch in Warschau sind, wie das „Gazeta Narodowa“ meldet, schon Flüchtlinge, nämlich Studenten, eingetroffen. Das Blatt fordert daher sofortige Verschärfung der Aufnahmebedingungen an den Hochschulen.

In der polnischen Presse wird fast allgemein die Meinung vertreten, daß die Stellung von Bundeskanzler Dollfuß trotz der Niederwerfung der Sozialdemokratie unhaltbar geworden sei. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann Dollfuß von der politischen Bühne abtreten werde, denn die Tage der Zentrumsdiktatur, sagt z. B. das nationaldemokratische „ABC“, seien in Oesterreich gezählt. Das Regiment Dollfuß ist nach Meinung des Blattes im Gegensatz zum Nationalsozialismus und Faschismus eine Diktatur ohne Dogma; eine Diktatur ohne Unterhalt und ohne eine breite völlige Grundlage könne nur unter ganz besonderen und seltenen Umständen bestehen. Sobald diese Verhältnisse sich ändern, eröffnet sich vor einer solchen Diktatur ein Abgrund.

Habsicht über die Lage in Oesterreich

Berlin, 16. Febr. Im deutschen Rundfunk sprach der Landesinspektor für Oesterreich, Habsicht, u. a. aus, daß die österreichische Regierung noch vor kurzem vor dem Forum der Welt gegen den Nationalsozialismus und das Deutsche Reich die Anklage erhoben habe, daß nur sie es seien, die durch ihre Haltung gegen die derzeitige Bundesregierung den inneren Frieden und die äußere Unabhängigkeit Oesterreichs, damit unalied aber auch den Frieden Europas bedrohten. Selten sei eine politische und geschichtliche Aussage schneller und radikaler durch die Tatsachen widerlegt worden, wie diese, doch während die angerufenen Mächte mit der Prüfung des Anlagematerials beschäftigt gewesen seien, sei in Wien der bolschewistische Aufstand losgebrochen. Nur einer habe nicht teil an diesem Chaos, nicht an seiner Entstehung und nicht an seinem Ablauf und Stebe schweigend zur Seite, Gemacht bei Fuß und warte seine Stunde ab, der Nationalsozialismus. Es ist nicht wahr, daß dieser Kampf um die Reorganisation Oesterreichs im Elementen Sinne geht, daß die Elemente der Ordnung gegen die Elemente der Zerstörung kämpfen. Was sich hier auf deutschem Boden ausstob und deutschen Männern die Waffen gegen Deutsche in die Hand drückt, das ist der Zusammenstoß zweier Mächte auf deutschem Raum, denen sie — bewußt oder unbewußt — als Legionäre dienen. Sie fügen der ewigen Tragik der deutschen Geschichte, die Deutsche gegen Deutsche stehen, ein neues Kapitel an, das nach unserem unerschütterlichen Willen das letzte dieser Art sein soll. Oesterreich ist in diesem Kampfe nichts anderes als das Schlachtfeld fremder Völker.

Aus diesen Gräbern steigt die furchtbare Anklage gegen die Regierung Dollfuß auf, die Anklage, daß sie in Oesterreich Deutsche gegen Deutsche in den Kampf schickte, gerade in jener Zeit, da sich in der ganzen übrigen Welt die arde deutsche Einigung vollzieht. Sie kann sich nicht darauf berufen, daß sie die geschichtliche Bedeutung ihres Handelns und ihrer Haltung nicht erkannt habe. Denn sie ist tausendfach darauf hinwiesen worden.

Einer gewissen Auslandspresse beliebt es, Herrn Dollfuß und sein Regiment heute als den arden Sieger über den Nationalismus und damit als den endgültigen bleibenden Herren Oesterreichs zu feiern. Sie möge sich nicht täuschen. Wahrheitsgemäß ist es dieser Regierung gelang, den Widerstand der bewaffneten Bataillone des Nationalismus durch brutale Anwendung von Granaten und Flammenwerfern auch gegen Frauen und Kinder zu brechen, den tschechoslowakischen und den französischen Soldaten von Bergen zur zehrenden Flamme angefaßt hat. Nicht sie damit nicht. Er brennt weiter und wird nicht eher seinen Frieden finden, als bis die furchtbare Schuld dieses Regimes gelöhnt ist. Bis gestern hatte sie nur den Nationalsozialismus — d. h. allerdings die Mehrheit des Volks — als entschiedenen Gegner gegen sich, aber obwohl sie alle staatlichen Machtmittel gegen ihn angewandt und dazu den Faschismus als Rückenbedeckung und Hüllen Verbündeten hatte, konnte sie diese, von ihr selbst auf den Boden der „Moralität“ verwiesene Bewegung so wenig bezwingen, daß sie am Ende zu ihrer Rettung das Ausland gegen sie anrufen mußte.

Nun hat sie neben dem Nationalsozialismus auch noch den Marxismus zum Feind. Zwischen diesen beiden Mächten wird diese Regierung ohne Pöhl zermalmt werden, wenn sie wahrhaftig genug sein sollte, den Kampf auch auf dieser Grundlage noch fortzuführen, einen Kampf, der unerbörliche Opfer an bestem deutschem Blut fordern würde. Die Wehrmacht Oesterreichs schießt heute noch auf verhegte Arbeiter, die — wenn auch auf falschen Wegen — gute und tapere Deutsche sind, sie muß sich entscheiden, ob sie morgen auch auf Nationalsozialisten schießen und dann übermorgen vielleicht schon auf der Seite der Feinde Deutschlands gegen das Reich marschieren will. Der Führer der österreichischen Wehrmacht, Schönburg-Hartenstein, hat einen Aufruf an die nationale Bevölkerung und die alten Soldaten erlassen, sich angesichts der Gefahr der Stunde der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Führung der nationalsozialistischen Parteiämter hat ihren sämtlichen Mitgliedern bei Strafe des sofortigen und unwiderruflichen Ausschlusses aus der Partei verboten, diesem Aufruf Folge zu leisten. Die Gründe für die Anordnung ergeben sich aus dem, was ich über den wahren Charakter des gegenwärtigen Kampfes in Oesterreich sagte. Für eine deutsche Lösung aber, die die Nationalsozialisten von Anfang an erstrebt haben, sind sie bereit, zu jeder Stunde jedes Opfer auf sich zu nehmen. Möge ihnen, die Träger der Staatsgewalt und wirklich im Besitz der Macht sind, sich angesichts der rauchenden Trümmer menschlicher Wohnstätten, angesichts der Toten, der unzähligen zerstückten Erfindungen und des unbeschreiblichen Elends, das die kommenden Monate in vollem Umfange offenbaren werden, möge sie in letzter Stunde sich der Größe ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte bewußt werden, damit in letzter Stunde noch das letzte und größte Unglück verhütet werde.

Das Kriegsmaterial des Arbeiter-Schugbundes

Die Verzeichnisse der Regierungsjelle

Wien, 16. Febr. Die Waffensuche der Truppen und der Polizei in den roten Gemeindehäusern in 12 Bezirken hat nach den bisherigen Feststellungen, jedoch ohne Bezirk Floridsdorf und Ottakring, zu der Beschlagnahme von nachstehendem Kriegsmaterial geführt: 73 Maschinengewehre, 3276 Gewehre, 3700 Revolverpistolen und 228 000 Patronen. Die meisten Maschinengewehre sind nach diesen Feststellungen in dem Arbeiterviertel Favoriten gefunden worden und zwar 28 Maschinengewehre und 520 Gewehre. Das Viertel Schmelz zeichnet sich durch 3000 Revolverpistolen und 19 000 Schuß Infanteriemunition aus. Da jedoch das Ergebnis der Waffensuche der Hauptkampfabschnitte in Floridsdorf und Ottakring fehlt, muß für das Endergebnis mit weit höheren Ziffern gerechnet werden. In der letzten Nacht sind allein in einem Bezirk 80 000 Schuß Infanteriemunition sowie ein großer Posten sogenannter „Schmierpatronen“, die als Wurfgranaten dienen, beschlagnahmt worden, ferner eine große Anzahl von Sprengkörpern und vollkommen verwendungsfähigen Minen. Weiter ist jetzt festgestellt worden, daß in den lebenswichtigen Betrieben, in Lebensmittelagern, Konsumvereinen und häuslichen Betrieben ein großes Netz von Ferntelefonen und Telegraphen angelegt waren. Die verhafteten Schugbündler haben erklärt, daß diese Anlagen schon vor längerer Zeit in die Betriebe geschafft worden seien. Ferner wird mitgeteilt, daß insgesamt bis jetzt in Wien 2500 Angehörige des ehemaligen republikanischen Schugbundes verhaftet worden sind.

Nach offiziellen Angaben betragen die Verluste auf der Regierungseite in Wien 133 Tote und 375 Schwerverletzte. Von den Toten gehörten 24 der Polizei an, 6 dem Bundesheer, 8 dem freiwilligen Schugkorps und 95 Tote sind Zivilpersonen. Unter den Schwerverletzten befinden sich 255 Zivilpersonen.

Das vierte Todesurteil in Wien

Wien, 16. Febr. Das Standgericht fällt am Freitag das vierte Todesurteil. Der Gruppenführer des republikanischen Schugbundes, der Arbeiter Karl Swoboda, der verheiratet ist und drei Kinder hat, wurde vom Strassenat zum Tode durch den Strang verurteilt. Zwei weitere Schugbündler wurden den oö. denkschen Gerichten überwiesen.

Besprechungen über die Lage in Oesterreich

Paris, 16. Febr. Am Freitag haben am Quai d'Orsay Besprechungen zwischen Ministerpräsident Doumergue, Außenminister Barthou und dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Vezer, einerseits und Außenminister Dr. Beneš andererseits stattgefunden. Später hat der Ministerpräsident den italienischen Vorgesandten und anschließend den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol empfangen. Der englische Geschäftsträger hatte eine Besprechung mit dem Generalsekretär Vezer. In amtlichen Kreisen wird über diese Unterredungen größtes Stillschweigen bewahrt, doch verlautet in gut unterrichteten Kreisen, daß sie sich auf die augenblickliche Lage in Oesterreich bezogen. In diesem Zusammenhang ist wieder von einer gemeinsamen Erklärung der Mächte die Rede, die sich für die Aufrechterhaltung der sogenannten „Unabhängigkeit“ begeistern.

Die französische Antwortnote

im Spiegel der Presse

Berlin, 16. Febr. Der „Börsliche Beobachter“ schreibt u. a.: Frankreich macht weiter Schwierigkeiten dort, wo keine vorhanden sind. Das geht aus jedem Abschnitt dieser Note deutlich hervor. So werden in der Frage des von uns ehrlich erbotenen Nichtangriffspaktes einfach unverständliche Vorwürfe erhoben. Das deutsch-polnische Abkommen ist der beste einwandfreie Beweis dafür, wie ernst wir diese Sache ansehen. Man kann nur betonen, daß Frankreich jede Chance, zu einer wirksamen Abrüstung zu kommen, verpaßt hat. Wo wird denn überhaupt von der französischen Abrüstung gesprochen? In der neuen Note steht davon kein Wort. Das, was als Abrüstung von Frankreich betrachtet worden ist, ist absolut unzulänglich. Dazu kommt noch, daß die damalige französische Abrüstung, die in der neuen Note angezogen worden ist, die unzulänglichen Vorschläge mit Verklammerungen und Bedingungen verjah, die die bestehende Unklarheit noch vermehrt hat. Auch der Vorwurf, die Reichswehr habe die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht eingehalten, kann niemanden in der Welt mehr überzeugen. Seit 15 Jahren pflegt Frankreich mit derartigen Behauptungen zu kommen, die, wenn man ihnen nachgeht, nicht zu beweisen sind. Das Blatt stellt insbesondere die Tatsache heraus, daß Paris in der Note die englischen und italienischen Abrüstungsvorschläge mit Stillschweigen übergeht.

Die „Kreuzzeitung“ macht die Feststellung, daß das französische Dokument für jeden eine Enttäuschung bedeutet, der gehofft hatte, daß der realistische Geist der italienischen Stellungnahme zum Abrüstungsproblem nunmehr auch auf die französische Haltung Einfluß gewinnen würde. Die neue französische Stellungnahme sei dahin zu kennzeichnen, daß die französische Regierung wieder einmal ihren mangelnden Abrüstungswillen durch Ausflüchte zu verdecken suche.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Note „als ein wertloses Dokument“, das offenbar keinen anderen Zweck verfolge, als den der Beantwortung der 13 Fragen der Reichsregierung an die französische Regierung auszuweichen.

Der „Völkische Beobachter“ betont, daß die Methode Frankreichs, den schlechten Willen erneut hinter Verwirrung stiftenden taktischen Manövern zu verdecken, überholt sei und in den anderen Hauptstädten keinen guten Eindruck machen werde.

Bei aller Geschlossenheit diplomatischer Ausdrucksweise, so erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sei die französische Note in einer Schroffheit abgefaßt, die schulmeisterlich wirke und die deutsche Regierung mit unberechtigten Vorwürfen überhäufe.

Nach der „Berliner Börsenzeitung“ ist der Gesamteindruck des Schriftstückes stark rückwärtlich. Es bleibe bedauerlich, daß man in Paris wiederum nur die im Laufe vieler Jahre schon zu Bergen angeschwollenen Abrüstungspakten um ein weiteres unfruchtbares Dokument bereichert habe. Auf die Art und Weise, wie die neue französische Regierung die Kardinalfrage des europäischen Friedens anzupassen versuche, komme weder Europa noch Deutschland noch Frankreich weiter.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, die Note sei stellenweise in einem für ein diplomatisches Schriftstück auffällig geringem Tone abgefaßt; doch entspreche dieser Schärfe des Tones nicht die Schärfe der Beweisführung. — Das Hauptkennzeichen der Note, so schreibt die „Börsliche Zeitung“, sei die Aufstellung unwichtiger Streitfragen und Uebergehungen konkreter deutscher Schugpläne.

Die Pariser Presse zur Abrüstungsnote

Paris, 16. Febr. Die französische Presse billigt den Inhalt der französischen Note in der Abrüstungsfrage. Der „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß zwar die Tür für einen Meinungsaustausch offen gelassen sei, daß Frankreich aber seine Verteidigungstreitkräfte nicht verringern könne, ohne daß eine Regelung internationaler Solidarität, gegenseitigen Bestandes und angemessener Kontrolle hergestellt sei. Die Verständigungsaussichten seien also recht gering geworden. Das „Echo de Paris“ begrüßt es, daß durch die Note Deutschland über den wirklichen Stand seiner Streitkräfte befragt werde. Die Stunde sei gekommen, die Debatte wieder nach Genf zu leiten und sie dort zum Abschluß zu bringen. Der „Excelsior“ schreibt, die plötzliche französische Klarstellung gegenüber den Schattenspielen, die sich um das Abrüstungsproblem herum gebildet hätten, könne die Erreichung gerechter Lösungen nur erleichtern. Besonders scharf nimmt der „Figaro“ Stellung. Barthou müsse gelobt werden, daß er sich mit aller Wahrscheinlichkeit der Klarheit ausgedrückt habe. Da es wenig wahrscheinlich sei, daß Hitler seine Ansprüche herunterschraube, bleibe Frankreich nur noch die Möglichkeit, die Mächte auf die „Verletzungen aufmerksam zu machen, die Deutschland sich in seinen militärischen Vorbereitungen hat zuschulden kommen lassen“. Jetzt habe Deutschland das Wort; Deutschland müsse ja oder Nein sagen, ob es das Wort trüsten wolle und ob es bereit sei, auch die Verantwortung dafür zu tragen.

Zur Rundreise Edens

London, 16. Febr. „Times“ gibt dem Lordsegelebewahrer Eden, der am Freitag seine europäische Rundreise antritt, ihr guten Wünsche mit auf den Weg und sagt: In Paris wird Eden die Gründe zu erklären haben, die die britische Regierung mit Bedauern zu dem Schluß habe führen müssen, daß es jetzt unmöglich sei, eine Vereinbarung zu erwarten, die nicht das Recht Deutschlands auf den Besitz gewisser Waffen anerkennt, die ihm gegenwärtig verlag sind. Die neueste französische Note scheint jenes Recht nicht anerkennen zu wollen, obwohl es ungenügend in dem Konventionentwurf der britischen Regierung eingeschlossen ist. Auf jeden Fall muß es als das unerschütterliche Recht jedes souveränen Staates betrachtet werden, die Mittel zu seiner Selbstverteidigung zu besitzen. Defensiver Waffen sind in dem Konventionentwurf beizubehalten. Französische militärische Kreise haben wissen lassen, daß sie glauben, Deutschland rüste sich militärisch auf. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß irgend jemand Deutschland im Verdacht hat, schwere Angriffswaffen herzustellen.

Eden über die Abrüstungsbesprechungen

London, 16. Febr. Lordsegelebewahrer Eden ist am Freitag zu seiner Europareise nach Paris abgereist.

Paris, 16. Febr. Der „Intransigent“ veröffentlicht eine Unterredung mit Eden, der u. a. sagte: Nach Ansicht Englands müßten nunmehr die Abrüstungsbesprechungen zu zweien durch sein Eingreifen erweitert werden. England halte unbedingt an der Völkerbundside fest. Heute gelte es in erster Linie, die Bestrebungen auf die Abrüstung zu richten. Deshalb trete die Änderung der Völkerbundside in den Hintergrund. Die öffentliche Meinung meines Landes ist nicht bereit, neue militärische Blanco-Verpflichtungen zu übernehmen. Sie will sich nicht automatisch in einen Krieg dessen Ursachen sie nicht kennt, hineinziehen lassen. England müsse sich aber keineswegs zu isolieren. Locarno und der neue Sinn, der der Konstitutionsklausel gegeben werde, bildeten zusammen mit der Kontrolle der Rüstungen genügende Abwehrmaßnahmen für einen etwaigen

Angreifer. Zur Lage in Oesterreich sagte Eben, es sei Sache des Völkervertrages, im einzelnen eine etwaige Klage Dr. Dollfuß zu behandeln.

Unterredung Barthou-Benesch

Paris, 16. Febr. In gut unterrichteten französischen Kreisen glaubt man daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch im Verlaufe seiner Unterredung mit dem französischen Außenminister Barthou der französischen These in der Abrüstungsfrage so, wie sie in der letzten französischen Note an Deutschland zum Ausdruck kommt, seine Zustimmung gegeben habe. Das Hauptthema der Unterredung Barthou-Benesch habe die österreichische Frage abgegeben. Man habe die möglichen Folgen der Ereignisse in Oesterreich geprüft, da eine Entwicklung des jetzigen Regimes in Oesterreich durch Vorbereitung oder Ankündigung des Anschlusses Rückwirkungen auf die schon geklärten internationalen Beziehungen haben könnte. Die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei und in den anderen Ländern der kleinen Entente zeige Ruhe und verhalte sich abwartend. Unter diesen Umständen hätten sich Barthou und Benesch über die einzunehmende Haltung leicht einigen können.

Deutsches Kreditabkommen von 1934

Berlin, 16. Febr. Die am 5. Februar des Jahres in Berlin unter dem Vorsitz von Frank C. Taubert-London zusammengetretene Stillhaltungskonferenz ist am 16. Februar beendet worden mit dem Ergebnis, daß das am 28. Februar 1934 ablaufende Stillhaltensabkommen (Deutsches Kreditabkommen von 1933) durch ein neues Abkommen mit Laufzeit bis 28. Februar 1935 verlängert wird.

Eine allgemeine Kürzung der Kredite, wie sie in den Abkommen von 1932 und 1933 vorgesehen war, findet diesmal nicht statt, was umso befriedigender ist, als Deutschland in Anbetracht der sich wieder belebenden Wirtschaft ein gewisses freies Kreditvolumen für die Finanzierung von Ein- und Ausfuhr behalten muß.

Ebenso einseitig trat man der deutschen Devisensituation und der durch das Transfermoratorium gegenüber den außerhalb der Stillhaltung stehenden Auslandsgläubigern geschaffenen Lage Rechnung. Es wurde eine vorläufige Aufschübung der Notenausschüttung vereinbart, die die deutsche Goldbilanz durch ihre Garantieverpflichtung bis Ende März 1935 zu leisten hätte.

Das im vorjährigen Abkommen eingeleitete System einer gewissen Auslockerung und Verbesserung der Stillhaltungskredite, insbesondere durch die Schaffung des Registermark-Systems, das sich für Deutschland wie für die ausländischen Gläubiger auf bewährt hat, wird mit geringfügigen Veränderungen unter dem neuen Abkommen fortgesetzt. Die Einführung der Registermark hat es ermöglicht, das Gesamtvolumen der Kredite erheblich zu erhöhen ohne Devisenberaubung durch die Reichsbank. Im abgelaufenen Jahr wurden etwa 500 Millionen RM. Registermark abgerufen.

Im übrigen weist das neue Abkommen, abgesehen von einigen im wesentlichen ebenfalls nur der Vereinerung oder Erhöhung der Arbeit dienenden Änderungen keine grundlegenden Neuerungen auf. Das Kreditvolumen, das durch das neue „Deutsche Kreditabkommen von 1934“ erhöht wird, beträgt zu letzten Devisenkursen noch rund 2,6 Milliarden RM., worin circa 270 Millionen RM. unbenutzte Linien enthalten sind.

Empfang des Deutschen Industrie- und Handelstages durch den Reichskanzler

Berlin, 16. Febr. Reichskanzler Adolf Hitler empfing am 15. Februar das Präsidium des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Spitzenorganisation der Deutschen Industrie- und Handelskammern und der deutschen Handelskammer im Ausland zu eingehendem Bericht. Präsident Dr. von Renteln gab ein Bild über die Tätigkeit der deutschen Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstages, die bereits als eine Ausgleichsstelle zwischen Industrie und Handel innerhalb der Wirtschaft wirken. In wahrhaft nationalsozialistischem Sinne werde durch sie nicht Interessentpolitik, sondern Betreuung der in Frage kommenden Wirtschaftskreise betrieben. Industrie- und Handelskammern seien einerseits die Beauftragten des Staates und andererseits Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft. Dr. von Renteln sprach den Wunsch aus, zur stärkeren Zusammenfassung der Industrie- und Handelskammern den Deutschen Industrie- und Handelstag zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erheben. Er machte auch Ausführungen zu dem wirtschaftlichen Organisationswesen, zeigte die Leistungen des Industrie- und Handelstages auf diesem Gebiete und machte Hinweise auf notwendige Umstellungen und Vereinfachungen.

Dr. von Renteln trat ferner vor, daß ein Kongreß der deutschen, im Auslande ansässigen Handelskammern geplant sei, um nicht nur den im Auslande lebenden deutschen Industriellen, Handels- und Gewerbetreibenden, sondern auch den befreundeten, mit der deutschen Wirtschaft zusammenarbeitenden Ausländern Gelegenheit zu geben, die Wirtschaftsvorgänge in Deutschland selbst an Ort und Stelle studieren zu können. Er bat den Reichskanzler, in einer großen Schlusssitzung selbst zu sprechen. Diese Veranstaltung werde voraussichtlich Ende Mai d. J. in Berlin stattfinden. Zum Schluß betonte Dr. von Renteln die Notwendigkeit eines planmäßigen Vorgehens bei der Umstellung von Produktionsstätten sowie der damit zusammenhängenden Aushebung der Arbeiter aus den Großstädten.

Der Reichskanzler nahm den Vortrag Dr. von Rentelns entgegen und erwiderte hierauf in einigen kurzen Ausführungen.

Vorläufig 10 000 im Frauenarbeitsdienst

Berlin, 16. Febr. Die Reichsleiterin des Frauenarbeitsdienstes, Frau Gertrud Scholz-Klink, äußert sich für die Deutsche Arbeitsfront über die bisherigen Maßnahmen zum Aufbau des weiblichen Arbeitsdienstes in Deutschland. Sie teilt dabei, wie das DZ-Büro meldet, u. a. mit, daß bisher 13 Landesstellen eingerichtet wurden und daß das Gesetz der Jugendlichen um Aufnahme dorthin zu richten sei. Die Landesstellen decken sich ungefähr mit den Arbeitsämtern. Etwa 35 Frauendienstlager seien schon im Bezirk Berlin-Brandenburg eingerichtet worden und enthalten Mädchen jeden Standes in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zweck, aus allen rechte deutsche Hausfrauen zu machen. Die einzelnen Kurse könnten von der Normaldauer von 26 auf 52 Wochen erhöht werden. Der Frauenarbeitsdienst sei kein Unterschlupf für schwer erziehbare Mädchen, sondern solle die gefährdeten Jugend Deutschlands zusammenfassen.

Die Arbeitsdienstpläne für Frauen zerfallen in 3 Kategorien: 1. Arbeitsdienstheime für Hauswirtschaft und soziale Hilfsarbeit; 2. Wandliche Arbeitsdienstheime;

8 Arbeitsdienstheime für Stedlungshilfe.

Es soll auf diese Weise eine Auslese der Arbeitsdienstwilligen erleichtert werden. Es sei zu wünschen, daß in Zukunft unserer gesamten weiblichen Jugend die Teilnahme an der Arbeitsdienstzeit ermöglicht werde. Vorläufig sei die Zahl der Dienstpflichtigen auf 10 000 festgelegt.

Freiherr von Ranke Leiter der Reichshauptabteilung 2 des Reichsnährstandes

Berlin, 16. Febr. Die Presseabteilung des Reichsnährstandes teilt mit: Der Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, A. Walter Darré hat den Reichskommissar für Milchwirtschaft und Kreisführer in der Landesbauernschaft Westfalen, Freiherrn von Ranke, mit sofortiger Wirkung mit der Reichshauptabteilung 2 des Reichsnährstandes beauftragt. Die Reichshauptabteilung 2, die aus dem früheren deutschen Landwirtschaftsrat hervorgegangen ist, hat nach der Neuordnung der Selbstverwaltung des Bauernturns alle mit dem Hof des Bauern in Beziehung stehenden praktischen Fragen zu betreiben. Der bisherige Leiter der Reichshauptabteilung 2, Dr. Karl Kräutle wird vom Reichsbauernführer mit einem wichtigen Auslandsauftrag betraut werden.

Preisräger im Journalistenwettbewerb

Berlin, 16. Febr. Nachdem der Preiswettbewerb seinen Abschluß gefunden hat gibt das Preisgericht die Reihenfolge der Prämierung der Preisarbeiten des Deutschen Journalistenwettbewerbs „Mit Hitler an die Macht“ bekannt. Es erhielten: den ersten Preis im Betrage von 1000 RM. Dr. Emil Strodtzoff-Böhm für die Arbeit „Hände und Herzen“; den zweiten Preis im Betrage von 500 RM. Theo Benkert-Hagen i. W. für die Arbeit „Die schluchzende Schwester“; den dritten Preis im Betrage von 250 RM. Werner Hecht-Frankfurt a. M. für die Arbeit „Hungrig an“; den vierten Preis im Betrage von 150 RM. Franz Lehnhoff-Berlin-Wilmersdorf für die Arbeit „Im Kleinkampf der Winterhilfe“; den fünften Preis im Betrage von 100 RM. Dr. H. Passf-Vogel für die Arbeit „Reichsautobahnen als Wirtschafts- und Friedenswege“. Außerdem hat Dr. Dietrich eine Reihe von weiteren Einwendungen mit Trojtpreisen ausgezeichnet.

Eine Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers

Berlin, 16. Febr. Der Reichsarbeitsminister gibt folgendes bekannt: Durch die Reichszuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten soll in den Wintermonaten Arbeit geschaffen werden. Es ist daher erneut eine Nachprüfung dahin angeordnet worden, ob die Arbeiten auch tatsächlich ausgeführt werden. Wird festgestellt, daß mit den Arbeiten nicht sofort oder innerhalb der von der örtlichen Stelle gestellten Frist begonnen ist, so wird der Vorbehalt zurückgezogen. Eine Zurückziehung muß auch dann eintreten, wenn die Arbeiten etwa deshalb nicht durchgeführt werden, weil die Finanzierung noch nicht sichergestellt ist.



Togal
hervorragend bewährt bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss und Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt.

Spatenstich zum Haus der deutschen Erziehung

Bonn, 16. Febr. Am Freitag mittag nahm der Reichsleiter des NS-Lehrbundes, Kultusminister Scheem, den ersten Spatenstich zum Haus der deutschen Erziehung vor. An der Feier auf dem Baugebäude nahmen viele Tausende, Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, sowie der Schulen und der Partei teil. Der Oberbürgermeister bezeichnete den Bau als eine der Großtaten der Reichsregierung. Besonders dankbar sei die Stadt dafür, daß die Bauarbeiten drei Jahre lang die Erwerbslosen Bonnens auf etwa 200 Mann herunterbrückte. Kultusminister Scheem wies darauf hin, daß dieser Bau für die kommenden Jahrhunderte ein Bollwerk deutscher Erziehung und deutschen Charakters sei. Alle deutschen Lehrer sollen von Bonn aus die Kraft und die richtigen Gedanken für ihr Wirken in alle Gauen hinausbringen. Der Minister dankte dann allen deutschen Lehrern für ihre freudige Opferwilligkeit, die den Bau ermöglicht habe.

Deutsch-schweizerisches Transferabkommen

Berlin, 16. Febr. Am 16. Februar wurde in Bern zwischen dem deutschen Geschäftsträger, Geschäftsratsrat Dantwirth, und dem schweizerischen Minister Stück, ein neues deutsch-schweizerisches Transferabkommen unterzeichnet, das bestimmt ist, die deutsch-schweizerischen Transferfragen für das erste Semester 1934 zu regeln. Das Abkommen beruht auf einer ähnlichen Grundlage wie das letzte, d. h. es werden die Zinsgutsaben schweizerischer Gläubiger zu 100 v. H. transferiert, indem gewisse Warenmengen, die die Schweiz aus Deutschland importiert, in den Dienst dieser Regelung gestellt werden.

Letzte Nachrichten

Lawinenunglück in Steiermark — Fünf Tote

Wien, 16. Febr. Auf der Mühlbach-Alpe bei Judenburg in Steiermark wurde eine Sektion des Wiener Universitäts-Instituts für Turnlehrerbildung von einer Lawine überrollt. Vor 15 Teilnehmern des Lehrganges wurden fünf Teilnehmerinnen von der Lawine verschüttet. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden. Die Bernnglücken sind Wienerinnen.

Reisige Brände in Ägypten

London, 16. Febr. Wie Reuters aus Kairo meldet, wurden zwei ägyptische Städte von verheerenden Bränden heimgesucht. In Ben-Haefal wurden durch einen Brand 36 Häuser zerstört, fünf Menschen kamen ums Leben. Ein anderer großer Brand kam in der Stadt Zagazig, dem Mittelpunkt des unterägyptischen Baumwollhandels, zum Ausbruch. Hier fielen 250 Häuser den Flammen zum Opfer.

Aushebung einer kommunistischen Propagandazentrale in Ungarn

Budapest, 16. Febr. Der Staatsanwaltschaft in Jänkskirchen sind sieben Männer und drei Frauen wegen kommunistischer Antriebe in der Plattenseegegend zugeführt worden. Unter den Festgenommenen befinden sich ein Frauenarzt, ein Privatbeamter, ein Kunstmaler und ein Kohlenhändler, unter den Frauen

eine Reichsdeutsche, Erka von Ilten. Die Festgenommenen haben mit der Sowjetzentrale und mit den kommunistischen Organisationen in Südslawien enge Verbindung unterhalten. Ihre Haupttätigkeit erstreckte sich auf die Studentenschaft.

Teilweise Grenzsperrre von Oesterreich nach Ungarn

Budapest, 16. Febr. Laut einer Meldung aus Oedenburg hat die österreichische Regierung das Ueberschreiten der österreichisch-ungarischen Grenze zu Fuß und mit Fahrzeugen bis auf weiteres verboten.

Wo sie hingehören!

Dimitroff, Popoff und Taneff erwerben die russische Staatsangehörigkeit

Moskau, 16. Febr. Da die bulgarische Regierung sich geweigert hat, die in Deutschland in Haft gehaltenen bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff als bulgarische Staatsangehörige zu betrachten, haben sich Verwandte der drei Kommunisten durch Vermittlung der sowjetrussischen Botschaft in Berlin an die Sowjetregierung in Moskau gewandt mit der Bitte, den Gefangenen das Bürgerrecht der Sowjetunion zu verleihen. Die Sowjetregierung hat das Gesuch genehmigt.

Beginn des großen Spionageprozesses in Abo

Helsingfors, 16. Febr. In Abo begann der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die bekannte Spionengruppe. 28 Angeklagte stehen vor Gericht, darunter als Hauptangeklagte Frau Martin (Marie Louise) und ihr Helfershelfer Jacobson. Aus Gründen der Staatsicherheit wurde sofort die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Zwei Verteidiger wurden abgelehnt, da sie im Verdacht früherer kommunistischer Tätigkeit stehen. Man rechnet mit einer langen Dauer des Prozesses. Die finnischen Militärbehörden haben zahlreiche Beobachter und Sachverständige zu der Verhandlung entsandt. Der Beschluß des Gerichts, die Öffentlichkeit auszuschließen, legt die Vermutung nahe, daß es der Spionengruppe bezw. dem nach Rußland geflüchteten finnischen Generalstabsoffizier Penttiläinen doch gelungen ist, wichtige militärische Geheimnisse vor seiner Flucht an Rußland zu vertuschen.

Lokales

Wildbad, 17. Februar 1934.

Wichtig für Hausbesitzer. Dem Hausbesitzerverein wird laut Rundschreiben des Centralverbands vom 8. ds. auferlegt, eine Liste derjenigen Haus- und Grundbesitzer aufzustellen, welche heute noch Wucherzinsen bezahlen müssen. Die betreffenden wollen sich vertrauensvoll an den Vereinsführer wenden. In Punkt Organisationszugehörigkeit heißt es unter anderem, daß es geradezu eine Schande sei, zuzusehen, wie die Verbände und Ortsvereine für die vielen Nichtmitglieder die Kastanien aus dem Feuer holen, um dann — wie der Führer es ausgedrückt hat — wie Sommervögel da zu ernten, wo sie nicht gesät haben! Sch.

„Unser täglich Brot gib uns heute“

Schon das Kind, das von der Mutter das „Vaterunser“ lernen lernt, kennt die vierte Bitte: „Unser täglich Brot gib uns heute“. Es gibt viele Kinder, für die diese Bitte kein Erlebnis ist, es gibt aber leider auch viele, die nur zu gut wissen, wie groß die Sorgen ihrer Eltern um das tägliche Brot sind.

Die christliche Lehre ist sich immer bewußt gewesen, wie wichtig auch die Sorge für das tägliche Brot ist. Die christlichen Kirchen und Religionsgesellschaften haben manches getan, um ihre Anhänger zu veranlassen, für ihre notleidenden Brüder zu sorgen. Die vielen aber, die — gleichviel aus welchen Gründen — ihrer Kirche entfremdet waren, haben oft leider auch das grundlegende Gebot der Nächstenliebe vergessen. Der Nationalsozialismus macht es jedem Volksgenossen zur Pflicht, vor allem der notleidenden deutschen Brüder zu gedenken. Er betrachtet diese Aufgabe allerdings nicht als Wohltätigkeit und herablassende Fürsorge im alten Sinne, sondern als die vornehmste Pflicht eines jeden Volksgenossen. Er würdigt den Bedürftigen nicht zum Almosenempfänger herab, sondern zieht ihn zu tätiger Mitarbeit heran. In den Näh- und Strickstuben haben beschäftigungslose Frauen und Mädchen Gelegenheit, sich ehrenamtlich zu betätigen und als Helfer wandern viele von Haus zu Haus, unterstützen von denjenigen ihrer Volksgenossen, die erst nach der Arbeitszeit in den Stande sind, einige Stunden für das Winterhilfswerk zu wirken.

So arbeitet das ganze Volk einmütig zusammen, um die Winternot zu überbrücken. Auch die Geistlichen der christlichen Kirchen haben sich nicht damit begnügt, die Gläubigen zum Opfer zu mahnen, sondern sie haben sich selbst entschlossen, von ihrem oft recht bescheidenen Gehalt namhafte Beträge für das Winterhilfswerk zur Verfügung zu stellen. Und so machen sie mit der Tat wahr, was sie oft predigen: Daß Gott nur demjenigen hilft, der entschlossen ist, sich und anderen selbst zu helfen.

Zehn Gebote für das praktische Leben

1. Gehe keinen Vertrag ein, ehe Dir dessen Bestimmungen ganz klar geworden sind!
2. Schließe jeden Vertrag schriftlich ab!
3. Unterschreibe nie ein Schriftstück, das Du nicht aufmerksam durchgesehen und völlig verstanden hast!
4. Leihe kein Geld aus, ohne Dir einen ordnungsmäßigen Schuldschein unterschreiben zu lassen!
5. Unterschreibe keine Wechsel!
6. Uebernimm keine Bürgschaften, auch nicht innerhalb der Familie!
7. Suche mit Deinem Nebenmenschen ohne gerichtliches Verfahren auszukommen. Prozeßiere nicht ohne Zwang! Sei willig zum Vergleich!
8. Kaufe möglichst gegen Barzahlung!
9. Laß Dich durch aufdringliche Reisende nicht zur Bestellung unnötiger Sachen verleiten!
10. In allen Rechts-, Versicherungs-, Vertrags- oder Vermögensangelegenheiten frage, ehe Du handelst, erst um Rat bei einer in Betracht kommenden Rechtschutzstelle oder bei einem vertrauenswürdigen Sachverständigen.

Württemberg

Abiturienten und Hochschulreife

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Bei der diesjährigen Reifeprüfung darf nach den Bestimmungen des Reichsministers des Innern das Zeugnis der Hochschulreife in Württemberg an höchstens 611 Schüler, darunter höchstens 61 weibliche, erteilt werden. Es wird hiernach nur ungefähr die Hälfte der Abiturienten, die die Reifeprüfung bestehen, das Zeugnis der Hoch-

Mehrere erhalten Die Grundlage für die Auswahl bildet die geistige und körperliche Reife, der Charakterwert und die nationale Zuverlässigkeit. Ob der Schüler tatsächlich studieren will oder nicht, spielt nach neuester Verfügung des Reichsministers des Innern bei der Auswahl keine Rolle.

Die Entscheidung über die Zuerkennung der Hochschulreise wird unmittelbar nach Abschluss sämtlicher Reiseverträge auf Grund der Vorschläge der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse an den einzelnen Schulen und nach Beratung in einem aus diesen Vorsitzenden und weiteren Mitgliedern der Unterrichtsverwaltung bestehenden Landesprüfungsausschuss vom Kultusminister getroffen werden. Sie wird so beschleunigt, daß die Schulen Mitte März darüber in Kenntnis gesetzt werden können, welchen Schülern die Hochschulreise zugesprochen worden ist. Wegen der Meldung zum Werkjahr (Studentischer Arbeitsdienst) wird auf die Mitteilung der Arbeitsgauleitung Württemberg im Staatsanzeiger vom 7. Februar 1934 verwiesen.

Tagung der Oberamtsbaumwarte

Stuttgart, 16. Febr. Der Verein Württ. Oberamtsbaumwarte tagte kürzlich in Stuttgart, um zu verschiedenen Landesfragen und zur Schädlingsbekämpfung Stellung zu nehmen. Man nahm einstimmig den Standpunkt ein, daß die Schädlingsbekämpfung einheitlich durchgeführt werden müsse, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Verschiedene Oberämter sind hier bereits entgegengehend vorgegangen und haben veranlaßt, daß sämtliche Anlagen, und zwar auf Kosten der Amtskörperschaft, gespritzt werden. In diesen Oberämtern bezahlt die Amtskörperschaft die Hälfte, Gemeinde und Besitzer die andere Hälfte. Im Oberamt Heilbronn wurde ein Spritzmeister aufgestellt und die Gartenbesitzer, die nicht gespritzt haben wollen, aufgefordert, sich innerhalb 24 Stunden auf dem Rathaus zu melden und ihre Begründung zu Protokoll zu geben. Im Interesse eines rentablen Obstbaues sind diese Maßnahmen nur zu begrüßen.

Ämtliche Dienstnachrichten

In den Ruhestand: Polizeioberwachmeister Schäfer beim Polizeipräsidium Stuttgart, Polizeioberwachmeister Bäuerle bei der Polizeidirektion Reutlingen und der Oberamtsrat für Stuttgart-Stadt, Obermedizinalrat Dr. Zoeschke.

Uebertreten: Eine Postamtmann-Stelle von besonderer Bedeutung dem Postamtmann Schreyer in Stuttgart-Oberpostdirektion und in Heilbronn dem Postamtmann Mühlbauer dazuläßt.

Stuttgart, 16. Febr. (Siebenbürgen-Veranstaltung des D.N.A.) Der Siebenbürgen-Abend des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, der nun schon zweimal in Stuttgart den begeisterten Beifall eines ausverkauften Saals fand, wird am Montag, den 19. Februar, 20 Uhr im großen Saal des Hauses des Deutschtums nochmals wiederholt werden.

Ehrenbürgerurkunde. Bekanntlich wurde Ministerpräsident Mergenthaler anlässlich seines Besuchs bei der Wielandfeier vom Gemeinderat zum Ehrenbürger der Stadt Biberach ernannt. Am Donnerstag wurde die künstlerisch ausgestattete Ehrenbürgerurkunde von einer Abordnung des Gemeinderats, bestehend aus Bürgermeister Hammer, Fraktionsführer Schroeder und Ortsgruppenleiter Müller dem Ministerpräsidenten im Kultusministerium in Stuttgart persönlich überreicht. Ministerpräsident Mergenthaler dankte erstreut für die Ehrung und bezeichnete Biberach als eine Stadt mit hohem kulturellem Sinn. Im weiteren Beisammensein zeigte der Ministerpräsident ein reges Interesse an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Stadt.

Landestreffen der 126er. Die ehemaligen Angehörigen des Inf.-Regts. 126 (Straßburg) veranstalten eine Wiedersehensfeier am 2. und 3. Juni 1934 in Stuttgart. Anmeldungen sind zu richten an Kamerad Albrecht, Stuttgart-W, Mollstr. 64.

Feuerbach, 16. Febr. (Brand.) Donnerstag nacht kurz vor 12 Uhr bemerkte ein von der Nachtschicht heimkehrender Hofarbeiter Feuer in der Turn- und Festhalle. Er begab sich sofort auf die Polizeiwache, die dann die Feuerwehr alarmierte. Das Feuer entstand auf bis jetzt ungeklärte Weise im Geräteraum. Der Feuerbache Löschzug konnte das bereits bedrohlichen Umfang angenommene Feuer nach kurzer Zeit bewältigen. Der Schaden ist nicht unbedeutend.

Schwarzes Brett

An die Ortsgruppen: Enzklösterle, Wildbad, Calmbach, Höfen.

Die Amtswalter einschließlich NS-HAW, NSB, NS-Frauenchaft, BDM, HJ und die der anderen Organisationen, welche die Vereidigungsurkunde unterschrieben haben, haben am Sonntag an dem Appell in Neuenbürg teilzunehmen. Entschuldigungen werden nur in Ausnahmefällen angenommen. Abfahrt mit dem Zug 13.20 Uhr Wildbad ab.

Der Untertransportleiter.

und dürfte an Veraten etwa 400 RM betragen. Der Gebäudeschaden wird auf zirka 1000 RM geschätzt.

Tübingen, 16. Febr. (Ernennung.) Prof. Dr. Karl Hasse-Tübingen erhielt die Ernennung zum Mitglied der Verwaltungsbeirats der Reichsmußkammer. Von der Reichsleitung des NS-Lehrerbundes, Abteilung Erziehung und Unterricht, Fachabteilung Musik, wurde Prof. Hasse mit der Leitung der Fachgruppe Musikhochschulen betraut.

Kirchheim u. L., 16. Febr. (Patentkind.) Eine große Freude wurde der Familie H. Deiß hier zuteil für ihr 13 lebendes Kind, den 11. Sohn, Helmut Adolf, übernahm Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenpatenschaft und ließ seinem Patentkind und dessen Eltern beste Glückwünsche nebst einer Ehrengabe von 100 RM zugehen.

Göppingen, 16. Febr. (Aus dem Gemeinderat.) Durch Kaufvertrag ist das Göppinger Schwimmbad um den Preis von 38 750 RM in den Besitz der Stadtgemeinde gekommen. Die Uebernahme wird am 1. April 1934 erfolgen. Die Göppinger Badgesellschaft, die im Jahre 1897 als gemeinnütziges Unternehmen gegründet wurde, verpflichtet sich, bis zu diesem Zeitpunkt sich aufzulösen. Das Vermögen wird als Ganzes der Stadt übereignet. Nachdem die Stadtgemeinde bisher schon Aktionärin bei der Göppinger Badgesellschaft war und der Betriebsabmangel jeweils von ihr übernommen werden mußte, sah auch der Gemeinderat in der Uebernahme des Bades durch die Stadt die zweckmäßigste Lösung.

Heilbronn, 16. Febr. (Die Stadt übernimmt das Krematorium.) Bei der Erstellung des Krematoriums im Jahre 1905 wurden im Vertrag mit der Stadt die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen die Stadt die Anlage ohne Entschädigung übernehmen kann, nämlich nach Tilgung des Bauaufwands, der damals 52 000 RM betrug, wozu später noch 11 600 RM für den zweiten Einäschungssofen kamen. Nunmehr ist dieser Zeitpunkt gekommen und der Gemeinderat beschloß die Uebernahme auf die Stadt.

Heilbronn, 16. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Das Fest der diamantenen Hochzeit feierten Schreiner Karl Ehmann und Marie, geb. Volz.

Oberlochen, 16. Febr. (Schwäbischer Mannschaftslauf des NSB.) Wie der Gau 15 des Deutschen Störverbundes (NSB) amtlich bekanntgibt, findet der für den kommenden Sonntag in Oberlochen vorgesehene Mannschaftslauf des Schwäbischen Schneelaufbundes über 4 mal 10 Kilometer statt. Bisher haben sich 16 Mannschaften aus dem ganzen Lande eingetragen. Am Nachmittag findet auf der Oberlochner Schanze ein Kameradschaftsspringen statt.

Ebingen, 16. Febr. (Um die Bürgermeisterstelle.) Um die Ebingener Ortsvorsteherstelle haben sich inzwischen insgesamt 16 Bewerber gemeldet. Diese sind bis auf einen durchweg Württemberger und kommen in der Hauptsache aus dem höheren und mittleren Verwaltungs- oder Justizdienst und sind zum Teil auch Angehörige freier Berufe.

Schwenningen, 16. Febr. (Ein gewissenloser Bursche.) Die Polizei sah sich genötigt, einen 33jährigen verheirateten Fürsorgeberechtigten, Vater von 6 Kindern, in Schutzhaft zu nehmen, der sich seiner Familie gegenüber schändlich benahm. Seine Frau hatte vom Fürsorgeamt

eine einmalige Wochenbeihilfe im Betrag von 20 RM erhalten, um der größten Not zu steuern. Der Verhaftete nahm das Geld an sich und setzte es restlos in Alkohol und Rauchwaren um, ohne sich um seine notleidende Familie zu kümmern.

Mengen, 16. Febr. (Ueberfahren.) Der in den 50er Jahren lebende verheiratete Bahnarbeiter Georg Heintzer von Delfingen war mit Arbeiten an den Weichen beschäftigt, als der um 8.30 Uhr fällige Personenzug in die Station einfuhr. Trotz gegebenen Signals war es Heintzer, der vermutlich mit einem Abzug irgendwie eingeklemmt sein mußte, nicht mehr möglich, sich zu befreien und kam unter die Räder. In schrecklich verstümmeltem Zustand konnte er, der bereits an die 30 Jahre bei der Bahn Dienst tat, nur als Leiche hervorgezogen werden.

Vom Ries, 16. Febr. (Großer Wassermangel.) Durch den anhaltenden trockenen Winter nimmt im Ries der Wassermangel immer härtere Formen an. In vielen Gemeinden muß der Wasserbedarf für Menschen und Vieh aus der Weidloch oder sonstigen Wasserläufen gedeckt werden. Der Gedanke an eine eigene Wasserleitung tritt in manchen Gemeinden jetzt wieder in den Vordergrund.

Tettleng, 16. Febr. (Kindstötung.) Am Mittwoch wurde eine 28 Jahre alte Hausiererin aus Rempten unter dem Verdacht der Kindstötung in Neutirch festgenommen.

Tettleng, 16. Febr. (Schüssenkorrektur.) Die schon seit dem Jahre 1912 einmal geplante Schüssenkorrektur oberhalb des Wehres des Elektrizitätswerkes in Brohenzell ist auf Grund des gemeinschaftlichen Beschlusses der Gemeinderäte von Medenbeuren und Etenkirch beschlossen worden. Am kommenden Montag soll dieses Unternehmen begonnen werden.

Wangen i. A., 16. Febr. (Brand.) Am Mittwoch abend brach auf bisher unbekannt Weise im Landwirtschaftsanwesen des Seb. Geist in Engenberg ein Brand aus. Die Feuerwehr war mit der Motorpumpe bald zur Stelle. Das ganz aus Holz gebaute Anwesen war aber nicht mehr zu retten und brannte vollständig nieder.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Adlerchild für Hermann Stehr. Der Reichspräsident hat dem Dichter Hermann Stehr aus Anlaß seines 70. Geburtstages den Adlerchild verliehen.

England erhöht Farbstoffzölle. Im Unterhaus wurde am Donnerstag ein Gesetzesantrag auf Erhöhung des Einfuhrzölles für gewisse Farbstoffe von 10 auf 20 v. H. angenommen.

Wieder ein Bankrott in Frankreich. In Toulouse ist ein Finanzskandal bekannt geworden. Vor etwa 10 Tagen wurden bei der Staatsanwaltschaft Klagen vorgebracht, weil der Bankier Marquet Kundengelder nicht zurückgezahlt hatte. Ein Vorführungsbefehl konnte nicht ausgeführt werden, weil Marquet flüchtig ist. Die Passiven der Bank belaufen sich auf 3 Millionen Franken.

Noch 43 Verwundete des Pariser Aufstandes in Lebensgefahr. In den Pariser Krankenhäusern befinden sich noch 103 Teilnehmer der letzten Kundgebungen in Behandlung. In 43 Fällen besteht Lebensgefahr.

Schwere Stürme in der Türkei. In der Türkei herrschen seit drei Tagen heftige Stürme, die von starken Schneefällen begleitet sind. An zahlreichen Orten sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen. Zahlreiche Schiffsunfälle sind zu verzeichnen.

Schweres Sprengungslid in Südafrika. Wie Neuter aus Johannesburg meldet, hat sich dort in einem Bergwerk bei der Vornahme von Sprengungen ein schweres Unglück ereignet. Zwei Europäer und sechs Eingeborene wurden getötet und fünf Eingeborene wurden verletzt.

Wetter für Sonntag

Der Kern des europäischen Hochdrucks befindet sich nunmehr über Großbritannien. Da ozeanische Luftströmungen nach Süddeutschland vordringen, ist für Sonntag zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes, nur wenig kaltes Wetter zu erwarten.

Bestellungen auf Saat- und Speise-Kartoffeln wollen bis 1. März bei meinem Vertreter, Herrn Carl Schmid, Paulinenstr. 129, gemacht werden. Lieferung Anfang März. Kartoffeln können nur gegen Barzahlung abgegeben werden.

Erwin Geil, Eimsheim.

Crematine
das ideale Rasiermittel
Ohne Wasser gebrauchsfertig
Nur auftragen — sofort rasieren
Original-Tube RM. 0.80
Doppeltube oder Glas RM. 1.40

Theodor Wandpflug
Lore Wandpflug
geb. Kuch
Vermählte
Wildbad, 15. Februar 1934

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Damenwäsche

Taghemd	Hemdentuch, mit Stoffträgern, Stickereiansatz und Stickereimotiv	0.75
Taghemd	Kreonne, volle Achseln, mit Stickereiansatz und Stickereimotiv	0.98
Taghemd	Kreonne, volle Achseln, mit breiter Stickerei-Garnierung	1.45
Nachthemd	farbig Batist, mit gemustertem Besatz, kurze Ärmel	1.65
Nachthemd	farbig Batist, mit gemustertem Besatz, lange Ärmel	1.95

Druckarbeiten

Verlangen Sie Preisangebote	FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarten und -Briefe
	FÜR HANDEL GEWERBE INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
	FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

Liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

Wildbader Tagblatt

Gehe niemals barhäuptig
Du schädigst damit viele Deiner Volksgenossen

Unkündbare Tilgungs-Darlehen zu 3 Prozent
zur Abl. von Hypoth., Bau oder Umbau, sowie Kauf von Häusern etc., durch die

Zwecksparkasse des Landesvereins württ. Haus- und Grundbesitzervereine G. m. b. H.
Heilbronn 44.

Vom Reichsaufsichtsamt zum Geschäftsbetrieb zugelassene Bausparkasse.

Hauptvertreter: Fritz Müller, Neuenbürg.
Bei schriftl. Anfragen Rückporto erbeten.

Evangelischer Gottesdienst.
Sonntag Invocavit, Landesbussfest, den 18. Februar 1934.
9.45 Uhr Predigt (Text: 1. Petr. 4, 10; Lied: 310).
Stadtpfarrer Dauber, anschließend Abendmahlsfeier mit eingefügter Beichte. Anmeldung erbeten.
Der Kirchenchor singt: „Aus dieser Not“ von Schütz und „Kyrie“, 11.30 Uhr Kinder Gottesdienst, keine Christenlehre.
5 Uhr Nachmittagspredigt Stadtvikar Stein.

In Sprollenhau.
9.45 Uhr Predigt mit anschließender Christenlehre, Stadtvikar Stein.

Mittwoch den 21. Februar 1934.
2 Uhr nachmittags Frauenversammlung in Sprollenhau.
8 Uhr abends Bibelleseabend im Gemeindeaal.

Donnerstag den 22. Februar 1934.
8 Uhr abends Mädchenabend im Pfarrhaus.

Katholischer Gottesdienst.
Fasten Sonntag den 18. Februar 1934. (Invocavit)
7.15 Uhr Frühmesse, 9.15 Uhr Predigt und Amt.
1.45 Uhr Christenlehre und Andacht.
Bertags: 7.15 Uhr hl. Messe, Freitag 7.30 Uhr hl. Messe, Freitag abend 6 Uhr Fastenandacht.
Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Bertags vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonn- und Bertags vor und während der hl. Messe und des Amtes.

Die deutsche Rundfunkzeitung
Fritz Pöhl

76 Seiten stark, mit Weltprogrammen, vielen Bildern und Artikeln

Die bestausgestattete und inhaltsreiche Deutsche Funkzeitung

Mit Sonderveröffentlichung

Monatsabonnements nur 85 Pf. durch die Post. Einzelheft 25 Pf. Probeheft gratis umsonst vom Verlag, Berlin N24